

Beratungen aussetzen: Weiser Entscheid des Nationalrates

Bern, 05.06.2013

TREUHAND|SUISSE begrüsst den Entscheid des Nationalrates, die Beratungen zur Lex USA solange auszusetzen, bis dem Parlament der Inhalt des Programms zur Kooperation der Banken mit den USA vorgelegt und die damit verbundenen Verpflichtungen bekannt gegeben werden.

Der Bundesrat schweigt sich nach wie vor über den Inhalt des Steuerdeals mit den USA aus. Das Parlament soll einen Blankoscheck ausstellen. Ebenso weiss man nichts Genaues über die tatsächliche Dringlichkeit dieses Geschäfts.

Kein Entscheid ohne inhaltliche Kenntnisse

Das vom Bundesrat anvisierte Schnellverfahren ist staatspolitisch bedenklich. Viel bedenklicher, wenn nicht gar abstrus, ist aber ein forcierter Entscheid des Parlaments ohne die Bekanntgabe von Details. Die Regierung sieht sich der Verschwiegenheit gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika verpflichtet. Dies ist in Bezug auf die hierzulande geltenden Regeln stossend. Das Parlament wird damit gezwungen, einen Blankoscheck auszustellen. «Der Entscheid des Nationalrates ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das Eidgenössische Finanzdepartement kann offenbar die Inhalte des Programms nicht offenlegen. Die logische Konsequenz ist somit der Rückzug des Geschäfts», fordert Patrik Kneubühl, Direktor TREUHAND|SUISSE.

Medienkontakt

TREUHAND|SUISSE

Patrik Kneubühl, Direktor

Telefon: +41 (0)31 380 64 35

Mobile: +41 (0)79 309 52 67

E-Mail: p.kneuebuehl@treuhandsuisse.ch

Ramona Brotschi, Vizedirektorin

Telefon: +41 (0)31 380 64 34

E-Mail: r.brotschi@treuhandsuisse.ch